

DIE FOLGEN DER KATASTROPHE IN JAPAN

## Der Poker um 17 Atommeiler

Im Jahr 2000 beschloss Rot-Grün den Atomausstieg, im Jahr 2010 verlängerte Schwarz-Gelb die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke. Warum? Die Geschichte einer Kampagne in sechs Schritten.

von Anita Blasberg;Matthias Geis;Tina Hildebrandt;Anna Kemper; Roland Kirbach;Henning Sußebach;Wolfgang Uchatius;Stefan Willeke | 24. März 2011 - 07:00 Uhr

Rainer Baake müsste sich daran erinnern können, was übrig geblieben ist von dem Tag, an dem sich Deutschland zum ersten Mal gegen die Atomkraft entschied. Aber er erinnert sich an nichts, an keinen großen symbolischen Augenblick, nicht mal an ein Foto.

Im Mai des Jahres 2000 war Baake Staatssekretär unter dem grünen Umweltminister Jürgen Trittin. Er war Trittins wichtigster Mann, er hatte den Atomausstieg vorbereitet. Doch nicht einmal Baake würde heute von sich behaupten, dass er damals Erleichterung empfand. »Wir hatten etwas Wichtiges erreicht, wir, unsere Generation«, sagt der heute 55-Jährige, »aber es gab keinen Grund zum Feiern.«

Ein halbes Jahr lang hat er sich damals in Berlin immer wieder mit denselben sechs Männern getroffen: dem Staatssekretär Frank-Walter Steinmeier aus dem Kanzleramt, dem Staatssekretär Alfred Tacke aus dem Wirtschaftsministerium und vier Abgesandten der Energiekonzerne Veba, Viag, RWE und Energie Baden-Württemberg (EnBW). Mal verhandeln sie im ehemaligen Gebäude des Staatsrats der DDR, wo das Kanzleramt zu Beginn der rot-grünen Koalition untergebracht ist, mal treffen sie sich im Büro eines Stromkonzerns am Pariser Platz.

Die sieben Männer wechseln die Orte und hüten sich vor Journalisten. Nichts soll die Verhandlungen stören, nichts darf herauskommen. Sie sind die Hintermänner in einem politischen Geschäft.

Baake hat zwar die Rückendeckung seines grünen Ministers, aber der Kanzler ist Sozialdemokrat und heißt Gerhard Schröder, ein Freund der Industrie. Alles im Konsens mit der Atomwirtschaft, nichts gegen sie – das ist Schröders Kurs. Im Wirtschaftsministerium regiert sein Vertrauter Werner Müller, der nach einer Karriere bei RWE und Veba in die Politik gewechselt ist. Müller taktiert während der Verhandlungen um den Atomausstieg, Innenminister Otto Schily hat rechtliche Bedenken.

Am Ende, nach sechs Monaten Verhandlung, treffen sich Trittin, Schröder und die Energiebosse im Kanzleramt. Es ist der 14. Mai 2000, der Stromkonzern E.on hat die prominente Köchin Sarah Wiener für das Catering engagiert. Schröder will die Sache endlich vom Tisch haben, macht den Firmenchefs ein »letztes Angebot«, wie er sagt – und die Manager schlagen ein. Die Vereinbarung: Jedes Atomkraftwerk darf von seiner

Inbetriebnahme an 32 Jahre lang laufen. Es ist ein Atomausstieg, der den Grünen die Laune verdirbt: 32 Jahre, eine Ewigkeit! Trittin und seine Leute ziehen sich in ein italienisches Restaurant am Gendarmenmarkt zurück und diskutieren die halbe Nacht. Ein Gesetz muss her, sagen sie, nicht nur eine Abmachung. Ein richtiges Ausstiegsgesetz. Wenigstens das.

Als die Novellierung des Atomgesetzes endlich beschlossen und das Ende der Atomkraft besiegelt ist, im Februar 2002, lädt Minister Trittin in die schleswig-holsteinische Landesvertretung in Berlin ein. Sektgläser werden verteilt, aber es will keine Stimmung aufkommen. Trittin hält eine kurze Rede, sein Parteikollege Joschka Fischer spricht von Meilensteinen, ein paar Hundert Politiker und Beamte hören zu. Nach zwei Stunden ist alles vorbei. Der Kanzler ist nicht erschienen.

Wie kann es sein, dass damals niemand den Atomausstieg feiern wollte? War er gar nicht so gemeint? Ist er es heute? Die Bundesregierung hat nach der Tragödie in Japan entschieden, sieben Atommeiler sofort vom Netz zu nehmen. Das klingt nach einem festen Beschluss. Wie lange mag er halten?

Und wie ist es zu erklären, dass im Jahr 2000 ein geordneter Rückzug aus der Kernkraft vereinbart wird, der zehn Jahre später, im Herbst 2010, durch eine Verlängerung der Laufzeiten für Deutschlands Atommeiler ersetzt wird? Will man darauf eine Antwort finden, muss man sich diese zehn entscheidenden Jahre genauer ansehen. Die Akteure in der Politik, ihre Motive, ihre Verbündeten. Und die sechs Schritte, mit denen sie ihr Ziel erreichten.

## **1. Kräfte sammeln**

Insbesondere ein Mann will damals nicht aufgeben: Gerald Hennenhöfer. Von 1994 bis 1998 leitete er im Bundesministerium für Umwelt – unter Ministerin Angela Merkel – die Abteilung Reaktorsicherheit und erwarb sich den Ruf eines Atomlobbyisten in Staatsdiensten. Der hessischen Umweltministerin verbat er per Weisung, den schon damals anfälligen Reaktor Biblis A stillzulegen. Das Umweltministerium in Sachsen-Anhalt zwang er, Atommüllfässer in die einsturzgefährdete Salzgrube Morsleben einzulagern.

Eine der ersten Amtshandlungen von Merkels Nachfolger Trittin ist es, Hennenhöfer in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Der Jurist findet schnell einen neuen Job: Er wird Generalbevollmächtigter für Wirtschaftspolitik beim Münchner Energiekonzern Viag. Hennenhöfer ist einer der vier Abgesandten der Energiekonzerne, die mit Rainer Baake um den Ausstieg rangen. Die Vereinbarung aus dem Jahr 2000 trägt auch Hennenhöfers Unterschrift, er muss sie als Schmach empfunden haben. In der Branche gilt die Faustregel, nach der jedes Atomkraftwerk, längst abgeschrieben, Tag für Tag eine Million Euro Gewinn abwirft. Wie viel wäre da zu verdienen, ließe sich der Atomausstieg rückgängig machen?

Politische Macht hat Hennenhöfer in jenen Jahren keine mehr. Doch er sucht andere Wege. Er betreibt bei Viag die Fusion mit der Veba zu E.on und dessen Umbau zu einem reinen Energiekonzern. Er pflegt seine Kontakte zu CDU und FDP. 2004 wechselt er in die Bonner Kanzlei Redeker. Als Anwalt berät er das Helmholtz-Zentrum, den Betreiber des Atomlagers Asse II, gemeinsam mit seinen Kollegen; dafür erhält die Kanzlei fast 500.000 Euro Honorar.

Der Sieg Angela Merkels bei der Bundestagswahl 2005 versetzt Hennenhöfer und die Stromkonzerne in Euphorie. Gleich nach der Wahl erstellt Hennenhöfer für das jetzt von der CSU geführte Wirtschaftsministerium ein Rechtsgutachten zum Thema Übertragung von Reststrommengen von einem Atomkraftwerk auf ein anderes. Ausschlaggebend seien dafür allein die wirtschaftlichen Interessen der Kraftwerksbetreiber, schreibt er. »Sicherheitsfragen, insbesondere ein Sicherheitsvergleich der betroffenen Anlagen, sind nicht maßgeblich.«

## **2. Luxustrips für Politiker**

Zwar ist ein Ausstieg aus dem Ausstieg in der Großen Koalition nicht möglich, aber die Zeit des Stillhaltens ist jetzt vorbei. Die Kampagne kann beginnen. Bei den Wählern. Und bei den Gewählten.

Im Grunde besteht die Stromlobby aus nur vier Konzernen. Ihr Vorteil ist, dass sie keine reinen Atomkonzerne sind, sondern regional verwurzelte Firmen, die auch Wasser- und Kohlekraftwerke betreiben, Wind- und Solarparks. Sie haben ihre Standorte überall in Deutschland, sind bis tief in die Kommunalpolitik hinein vernetzt, und es geht um viele Arbeitsplätze: 21.000 bei Vattenfall, 20.000 bei EnBW, 70.000 bei RWE, 88.000 bei E.on. Wenn einer der vier Konzernchefs einen Termin im Kanzleramt haben will, bekommt er ihn sofort.

Es gibt keine Branche, die enger mit der Politik verflochten ist als die Stromwirtschaft. Als CDU-Generalsekretär bezog Laurenz Meyer neben seinem Abgeordnetengehalt Zahlungen seines früheren Arbeitgebers RWE. Michaela Hustedt, die frühere energiepolitische Sprecherin der Grünen, berät heute RWE Innogy, eine Tochterfirma von RWE. Die ehemaligen Politiker Klaus Kinkel (FDP), Rezzo Schlauch (Grüne) und Theo Waigel (CSU) saßen noch 2010 im Beirat des Konzerns EnBW. Der ehemalige SPD-Parlamentarier Reinhard Schultz beriet Vattenfall gegen Honorar, und der ehemalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement sitzt im Aufsichtsrat der RWE Power AG, einer Tochterfirma von RWE.

Schon im ersten Jahr der Großen Koalition werden Abgeordnete vom Lobbyverein Atomforum eingeladen. Ihr Auftreten ist wirkungsvoll: Die Fürsprecher der Stromkonzerne sind meist im Alter ihres Gegenübers. Sie kennen dessen liebsten Fußballverein und erzählen wie zufällig von einem Verwandten, der aus derselben Stadt komme wie der Parlamentarier. »Wohlfühlteil« nennen das die Abgeordneten. Wenig später fragen die

Lobbyisten, was die Menschen im jeweiligen Wahlkreis eigentlich dächten, wenn Jobs abgebaut würden. Dann erinnern sie beiläufig daran, welche wichtigen Parteifreunde sie duzen.

Auf den Schreibtischen der Energiepolitiker stapeln sich Einladungen. Das kann eine Fahrt zum Atomkraftwerk Isar 1 und 2 sein oder ein Ausflug zum Meiler Neckarwestheim: Flug von Berlin nach Stuttgart, Bustransfer ins Schlosshotel, Abendessen mit Vortrag eines EnBW-Ingenieurs. Am nächsten Tag Besichtigung des Atomkraftwerks, Mittagsbuffet, dann Ausflug zum Schloss Ludwigsburg.

Das Kalkül der Konzerne ist simpel: Die Wahl Merkels war nur der Anfang. Der eigentliche Regierungswechsel steht noch bevor. Und man kann helfen, ihn herbeizuführen.

### 3. Postkarten für das Volk

Im Jahr 2006 lädt Jürgen Hogrefe, Cheflobbyist des Konzerns EnBW, Journalisten und Politiker zu einem Kinoabend ein. Gezeigt wird Al Gores Klimafilm *Eine unbequeme Wahrheit*. Bei der Begrüßung sagt Hogrefe, er freue sich, dass das Thema Klimawandel »endlich ernst genommen« werde. Der Energieriese und die Klimakatastrophe, nur auf den ersten Blick eine seltsame Kombination.

Mitten in der Klimadebatte ergreifen die Energiewirtschaft und das Atomforum die Chance, das schlechte Image der Atomkraft zu verbessern. Bislang konnten nur die Atomgegner ihre Anhänger durch die stärkste Emotion, nämlich Angst, aktivieren. Jetzt nutzt das Atomforum die Furcht vor dem Klimawandel, um Argumente für die angeblich CO<sub>2</sub>-freie Atomenergie zu liefern.

Im Sommer 2007 startet das Atomforum eine Kampagne mit Plakaten und Anzeigen. Ein Bild zeigt weidende Schafe vor dem Atomkraftwerk Brunsbüttel, darunter steht: »Kernkraftwerk Brunsbüttel: Jahreserzeugung 6 Mrd. kWh, CO<sub>2</sub>-Ausstoß: Null.« Oder eine Kleingartenidylle, im Hintergrund der Meiler Neckarwestheim: »Dieser Klimaschützer hat dem Treibhauseffekt entgegengewirkt, als es das Wort noch nicht gab.«

Das passt zu einer Strategie, die unter anderem die Unternehmensberatung PRGS in einem internen Papier empfohlen hat: Man solle den »Schulterschluss zwischen Kernkraft und erneuerbaren Energien« betonen, um die »emotionalen Bedürfnisse der Bevölkerung« zu befriedigen.

Im Frühjahr und Sommer 2009 liegen in Clubs und Bars in 86 Städten Gratispostkarten der Atomlobby aus. Auf der grellbunten Vorderseite steht zum Beispiel: »Danke ... für die letzte Nacht!« Auf der Rückseite: »...und danke für die knusprige Steinofenpizza, für den kühlen Weißwein und für den packenden Film. Vielen Dank, Backofen, vielen Dank, Kühlschrank, vielen Dank, Fernseher! Vielen Dank, Kernenergie!« Dazu ein Hinweis

auf die Website des Atomforums, die nicht nur unter kernenergie.de, sondern auch unter klimaschuetzer.de erreichbar ist.

In dieselbe Richtung zielen Abende wie jener am 4. März 2009 im Berliner Club »40 seconds«. Das Atomforum hat eingeladen, auf dem Podium unterhalten sich eine schwedische Journalistin, ein Vertreter der Jungen Union, ein Biogasunternehmer und Timo Boll, Tischtennis-Europameister, über die Zukunft der Energie in Deutschland. Klingt wie eine bunte Mischung, die Gäste sind allerdings sorgfältig gecastet: Die schwedische Journalistin erklärt, warum Schweden den Atomausstieg rückgängig gemacht hat. Der Biogasunternehmer betont die Bedeutung der Atomenergie als Übergangstechnologie. Timo Bolls ehemaliger Verein TTV Gönner wird von E.on gesponsert. Einzig Sven Giegold von den Grünen hält dagegen. Auch das gehört zur neuen Strategie: Das Atomforum führt jetzt den offenen Dialog. Ideologisch verkrustet, so die Botschaft, sind die anderen.

In achtseitigen Zeitungsbeilagen, die 2008 und im Wahljahr 2009 unter dem Titel *Zukunfts!Fragen* in der *FAS*, der *FAZ*, der *Welt* und der *Welt am Sonntag* erscheinen, gibt das Atomforum seinen stillen Unterstützern noch einmal Argumente an die Hand: Versorgungssicherheit und Klimaschutz.

#### **4. Einzug in die Machtzentrale**

Der 27. September 2009 ist ein guter Tag für die Atomwirtschaft, der Sonntag des erhofften Durchbruchs. Deutschland hat gewählt. Und die Wähler hatten keine Angst mehr vor einer Regierung, die im Wahlkampf den Ausstieg aus dem Ausstieg propagiert hat. Mit knapper Mehrheit kommt eine Bundesregierung zustande, die sich aus CDU, CSU und FDP zusammensetzt. Schon am Mittwoch danach, am 30. September, schicken die konservativen Ministerpräsidenten Roland Koch aus Hessen und Günther Oettinger aus Baden-Württemberg ein Schreiben ans Kanzleramt, das mit der Anrede beginnt: »Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela«. In dem Papier, das Angela Merkels Koalitionsverhandlungen grundieren soll, verlangen die beiden Ministerpräsidenten nicht nur, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, sondern die Fristen komplett zu streichen. Das wäre das Ende des deutschen Atomausstiegs, eine Karikatur des Erreichten, eine Kernschmelze der Umweltpolitik. Im Koalitionsvertrag, den die Regierungsparteien am 26. Oktober 2009 beschließen, wird die Kernenergie mit nur zwölf Zeilen erwähnt. Die Koalitionäre nennen sie »Brückentechnologie« auf dem Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien. Diese Brücke soll sehr lang sein. »Dazu sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke ... zu verlängern«, schreibt die Regierung in den Vertrag.

Neuer Umweltminister wird Norbert Röttgen, eigentlich ein Sympathisant schwarz-grüner Koalitionen. Der junge Minister, so Merkels Kalkül, soll die ökologische Glaubwürdigkeit der »Partei der Schöpfung« stärken. Dennoch entlässt Röttgen schnell einen der wichtigsten Männer in seinem Haus: Wolfgang Renneberg, bis dahin Abteilungsleiter Reaktorsicherheit. Renneberg hatte schon im Jahr 2000 gemeinsam mit Rainer Baake

den Atomausstieg geplant, er gilt als nüchterner Fachmann, als einer der angesehensten Experten für Reaktorsicherheit. Doch Renneberg hatte in seiner Amtszeit Sätze gesagt, die CDU/CSU und FDP nicht gefallen haben. Zum Beispiel diesen: »Kein Kernkraftwerk in Deutschland ist zu 100 Prozent sicher.«

Für Renneberg kehrt der Atomfreund Gerald Hennenhöfer in die Politik zurück, auf seine alte Position. Röttgen macht den Lobbyisten wieder zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit – ein Signal an die Konservativen in der CDU. Röttgen will Karriere machen, er ist neu und unerfahren im Amt – denkbar, dass er Posten eher strategisch besetzt statt inhaltlich. Die Opposition ist entsetzt, Rechtsexperten äußern Bedenken. Der Kasseler Rechtsprofessor Alexander Roßnagel meint, bei Hennenhöfer müsse das sogenannte Mitwirkungsverbot geprüft werden: Es besagt, dass in einem Verwaltungsverfahren nicht mitarbeiten darf, »wer außerhalb seiner amtlichen Eigenschaft in der Angelegenheit ... tätig geworden ist«. Doch jetzt soll ausgerechnet Hennenhöfer mit den Atomkonzernen, denen er gerade noch als Jurist gedient hat, das Ende des Ausstiegs verhandeln.

Auch für den CDU-Politiker Michael Fuchs und seine Freunde scheint damit alles nach Plan zu laufen. Fuchs nennt sie tatsächlich seine »Freunde«, die Manager der Energiewirtschaft. Das müsste man nicht unbedingt erwähnen, wenn Fuchs nicht Abgeordneter des Deutschen Bundestags wäre, einer der Stellvertreter des Fraktionschefs Volker Kauder. Fuchs war lange Zeit nur ein Hinterbänkler, aber er ist immer wichtiger geworden, nachdem Wirtschaftsexperten wie Friedrich Merz die Politik verlassen hatten. Fuchs saß im Vorstand der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, er war Präsident im Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels. Als Unternehmer hat Fuchs viel Geld mit dem Verkauf von Taschenrechnern aus Japan gemacht. Am Revers seines Jacketts trägt er gern ein Deutschlandfähnchen, und er sagt: »Mein Deutschland ist ein Industrieland.«

Jürgen Großmann, den mächtigen Chef von RWE, kennt der Abgeordnete Fuchs seit 40 Jahren. »Der Jürgen«, sagt Fuchs, wenn er über ihn spricht. Seit Studienzeiten sind sie Freunde. Der Jürgen wurde damals Mitglied der Burschenschaft Hasso-Borussia Freiburg, der auch Fuchs' Brüder angehörten. Mit dem Jürgen telefoniert Fuchs regelmäßig, meist sonntags. Wenn der Jürgen mittags mal im Büro des Christdemokraten Fuchs vorbeischaud, kommt Rotwein auf den Tisch, und der Assistent des Abgeordneten muss mittrinken. Das gehört sich so, wenn der Jürgen sich die Ehre gibt.

Im Frühsommer 2010 heckt Großmann eine Kampagne aus und fragt seinen Freund Fuchs am Telefon: »Machst du mit?« Bekannte Persönlichkeiten, unter ihnen die Chefs der Energiekonzerne, der Boss der Deutschen Bank und der Fußballmanager Oliver Bierhoff, werden einen öffentlichen Appell unterschreiben, in dem sie fordern, an der Kernenergie festzuhalten. »Ich lasse doch meine Freunde nicht im Stich«, sagt Fuchs und unterzeichnet

auch – als einziger Abgeordneter des Bundestags. Weil er sich vor Merkels Missbilligung fürchtet, lässt er hinter seinen Namen die Bezeichnung »Unternehmer« setzen.

Fuchs' Freund Großmann ist der auffälligste Mann auf der Westachse der deutschen Atomlobby, die nach Nordrhein-Westfalen führt, zur Schwerindustrie. Die zweite Achse endet in Hannover, wo einst die Firma PreussenElektra herrschte, die in E.on aufging. Die dritte Achse führt nach Süden, zu Stefan Mappus, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Er ist der wichtigste Verbündete der Südlobby und der CDU-Abgeordnete Joachim Pfeiffer aus dem Rems-Murr-Kreis sein Mann fürs Grobe.

Von 2002 an, dem Jahr des rot-grünen Gesetzes über den Atomausstieg, sitzt Pfeiffer im Bundestag, und seit er die Energiepolitik der Union koordiniert, ist er eine Schlüsselfigur. In den neunziger Jahren war er bei der Schwaben AG beschäftigt, die später im Energiezentrum aufging. Pfeiffer fordert Laufzeiten von 60 Jahren. Politiker der Grünen bezeichnet er als »Ökotalinisten«, die Klimapläne der Europäischen Union als »Kampfansage an den Industriestandort Deutschland«.

Jetzt, in der neuen Legislaturperiode, wird Pfeiffer in Berlin zu einem der wichtigsten Männer der Energiekonzerne. Zu einem Krieger in einem innerparteilichen Kampf um die Verlängerung der Kraftwerkslaufzeiten. Denn noch hat sich die Lobby nicht durchgesetzt.

## **5. Angriffe auf den Minister**

Es ist der 5. Mai 2010, an dem der Umweltminister einen dicken DIN-A4-Umschlag vom Sachverständigenrat für Umweltfragen zugestellt bekommt. Im Kuvert steckt, in grün-weißem Einband, ein wissenschaftliches Gutachten von sieben Universitätsprofessoren. Den Umweltrat gibt es seit 40 Jahren. Er soll die Bundesregierungen vor ökologischen Fehlentwicklungen warnen. Im Mai 2010 glaubt der Umweltrat eine solche Fehlentwicklung erkannt zu haben: die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke.

Auf 95 Seiten reißen die Professoren die Theorie von der Brückentechnologie ein. Atomkraft und Sonnenenergie, Kernkraftwerke und Windanlagen passten technisch nicht zusammen, schreiben sie. Um erneuerbaren Energien wirklich den Weg zu bahnen, müsste man die Leistung eines Atomkraftwerkes senken können, sobald die Sonne scheint – und erhöhen, wenn der Wind nicht mehr weht. Doch Atomkraftwerke könne man nicht ein- und ausschalten wie eine Herdplatte. Oder genauer: Man könne es schon, aber sie verträgen es nicht besonders gut. Die Wahrscheinlichkeit von Störfällen steige. Atomkraftwerke seien als Brücke noch gefährlicher als ohnehin schon. Das ist die Meinung des Umweltrates.

Die Professoren stellen ihr Gutachten auf einer Pressekonferenz vor, am nächsten Tag berichten die Zeitungen. Selten hat eine Stellungnahme des Umweltrates eine solche Aufmerksamkeit erzielt. Der Minister könnte die Professoren ignorieren, warten, bis neue Themen wichtiger werden. Röttgen aber ignoriert die Wissenschaftler nicht. Im Gegenteil: Er scheint ihr Verbündeter zu sein. Am 1. Februar 2010 traf er die Mitglieder

des Umweltrates zum ersten Mal, in seinem Ministerium. Zwei Stunden waren angesetzt – nach fünf Stunden saß Röttgen noch immer mit den Professoren zusammen. »Der Minister war voll auf Anti-Atom-Kurs«, erinnert sich einer, der dabei war.

Das bestätigt sich, als Röttgen wenig später eine Rede an der Berliner Humboldt-Universität hält. Röttgen sagt, Kernkraftwerke und Windanlagen passten nicht zusammen. Der CDU-Mann aus Nordrhein-Westfalen, dem Stammland von RWE, hört sich an wie ein Atomkraftgegner.

Während Röttgens Parteifreunde die Klimafrage zum Argument für längere Laufzeiten machen wollen, argumentiert der Umweltminister in der ersten Jahreshälfte 2010 umgekehrt: Je kürzer die Laufzeit, desto höher der Anreiz zum Ausbau der regenerativen Energien. Von drei, vier, höchstens acht Jahre längeren Laufzeiten spricht Röttgen. Der Umweltminister wird zu einem Rätsel: Was will er? Was treibt ihn? Warum holt er erst den Atomfreund Hennenhöfer in sein Ministerium – und hört dann auf die Atomkritiker des Umweltrates?

Für die Stromkonzerne ist das ein hässlicher Störfall. Der Widerstand gegen die Laufzeitverlängerung findet sich auf einmal dort, wo sie ihn am wenigsten erwartet haben: in der Regierung.

Das ärgert die CDU-Abgeordneten Joachim Pfeiffer und Michael Fuchs. Als Röttgen im April 2010 in der *FAZ* keinen Hehl aus seinem Faible für grüne Energien macht, alarmiert Großmann seinen Freund Fuchs. Der läuft zur Kanzlerin und sagt: »Das geht so nicht!« Im Mai fordert Baden-Württembergs Ministerpräsident Mappus Röttgens Rücktritt. Und der Parteifreund Pfeiffer legt nach. Es sei offensichtlich, sagt er ausgerechnet der *taz*, »dass Norbert Röttgen sich in diesem Fall nicht an den Fakten orientiert, sondern andere Ziele verfolgt. Es gilt zu ermitteln, wie lange wir die Kernenergie als Brücke brauchen. Aber statt das zu tun, hat der Umweltminister Arbeitsverweigerung betrieben – oder sogar Obstruktion.«

Das Glück der Konzerne ist: Röttgen steht ziemlich alleine da. Alleine im Kabinett, alleine in seiner Partei, alleine in der Koalition.

## 6. Geheimverträge

Man erkennt Röttgens Situation an einem zweiten Gutachten, das im Sommer 2010 vorgelegt wird. Diesmal nicht von unabhängigen Professoren, sondern von drei bezahlten Forschungsinstituten – im Auftrag der Bundesregierung, unter Führung des Wirtschaftsministeriums. Von zusätzlichen zwölf Jahren Laufzeitverlängerung ist da die Rede, sogar von 20, von 28 Jahren.

Der wichtigste Teil des Gutachtens wird vom Energiewirtschaftlichen Institut (EWI) in Köln erstellt. Das EWI wird mit acht Millionen Euro von E.on und RWE finanziert. Mithilfe der Kernkraft lasse sich der Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland bis zum

Jahr 2050 um 85 Prozent reduzieren. So steht es in dem Gutachten. Eine halbe Million Euro hat die Regierung dafür bezahlt. Sie hat jetzt etwas in der Hand, was sie als die neue Wahrheit über die Kernenergie ausgeben kann.

Am 30. August 2010 treten Umweltminister Röttgen und Wirtschaftsminister Brüderle gemeinsam vor die Presse, um das Gutachten vorzustellen. Der Auftritt der beiden Kontrahenten wird zu einer skurrilen Veranstaltung: Während Brüderle betont, er halte die objektive Begründung für eine Laufzeitverlängerung um 20 Jahre in Händen, lässt Röttgen ihn mit feinem Lächeln wissen, er deute das Gutachten so, dass es bei Laufzeiten der AKWs nur »marginale Unterschiede« gebe, denen »keine entscheidende Bedeutung« für die Energieversorgung zukomme. Am Ende halten die beiden Minister das dicke Zahlenwerk gemeinsam in die Kameras.

Nichts deutet darauf hin, dass dies Röttgens letzter gut gelaunter Auftritt für lange Zeit sein wird. Der Umweltminister, dessen genauer Standpunkt nie klar war, hat seine Gegner in der Regierung unterschätzt. Die zähe Aushandlung eines neuen Atomvertrags zwischen Regierung und Stromkonzernen gerät zu einem Meisterstück der Lobbyisten. Auf der Seite der Regierung verhandelt ein Team um den Kölner Anwalt Lars Böttcher, der auch ein ständiger Berater von RWE ist. Mit am Tisch sitzen die Anwälte der Konzerne. Und Hennenhöfer, der alte Verbündete der Strommanager.

Am 6. September 2010, einem Montagmorgen, unterzeichnen die Konzernvertreter einen fünfseitigen Vertrag, der zunächst geheim bleiben soll – schließlich, so CDU-Fraktionschef Kauder, gehe es dabei um »Geschäftsgeheimnisse der Energieerzeuger«. De facto beschließt der Vertrag den Ausstieg aus dem Ausstieg. Die Laufzeitverlängerungen sind juristisch kaum mehr rückgängig zu machen – und die Randnotizen auch nicht: Nötige Sicherheitsnachrüstungen bezahlt ab einer gewissen Höhe der Staat. Eine Brennelementesteuer soll dem Bundeshaushalt Geld einbringen für den Ausbau regenerativer Energien – doch die Konzerne, so steht es im Vertrag, behalten sich vor, dagegen zu klagen.

Es ist Ende Oktober 2010, als die Parlamentarier den Sitzungssaal des Umweltausschusses betreten. Bald sollen sie im Bundestag über das neue Atomgesetz abstimmen, und es herrscht nervöse Unruhe. Gerade erst haben sie aus den Medien von dem Vertrag mit den Stromkonzernen erfahren. Sie sollen hier über ein Gesetz diskutieren, das im Grunde längst beschlossen ist.

»Die Regierung ist dem Diktat der Strombranche gefolgt«, sagt Bülow damals im Ausschuss, »sie hat Sicherheit für Geld verkauft.« Bülow ist der energiepolitische Sprecher der SPD. Er war 15, als der Reaktor von Tschernobyl explodierte. Bekannt wurde er durch ein Buch über die Ohnmacht der Parlamentarier gegenüber den Lobbyisten.

An jenem Tag im Oktober 2010 beantragt Bülow, zur Sitzung des Umweltausschusses die Öffentlichkeit zuzulassen. Sein Antrag wird abgelehnt. Ebenso wie all die Anträge

der Grünen, die eine Anhörung zum Thema fordern. Die Parlamentarier kochen. Den Oppositionsfraktionen wird jetzt untersagt, weitere Geschäftsordnungsanträge zu stellen. Bülow, der Berichterstatter seiner Fraktion, hat eine Erklärung vorbereitet, in der er darauf hinweist, dass dieser Vertrag nicht rechtens sei, dass noch nicht einmal die Länder an den Geheimverhandlungen beteiligt worden seien, dass die Demokratie ausgehebelt worden sei. Doch er darf die Erklärung nicht vorlesen. Der Vertreter des Volkes muss schweigen.

Es ist ein seltsames Jahr. CDU und FDP haben Hoteliers Milliarden geschenkt, ihre Umfragewerte sind im Keller. Guido Westerwelle hat von spätrömischer Dekadenz schwadroniert. Die Menschen demonstrieren gegen die Atomkraft. Aber statt sich beim Volk verständlich zu machen, peitscht die Koalition ihr Gesetz eilig durchs Parlament. Weil es ihr selber nicht geheuer ist?

Als das Energiekonzept der Bundesregierung am 28. Oktober 2010 im Bundestag zur Abstimmung steht, sind die politischen Kosten offenkundig: Die Atmosphäre im Parlament ist vergiftet. Der FPD-Abgeordnete Jörg van Essen greift die komplett in schwarzer Trauerkleidung erschienenen Grünen-Abgeordneten mit den Worten an: »Es hat keinem Parlament der Welt gutgetan, wenn eine Fraktion einheitlich gekleidet aufgetreten ist.« Gregor Gysi von der Linkspartei sagt: »Vier Konzerne gewinnen – und Millionen Menschen verlieren.« Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel ruft im Plenum der Regierung zu: »Sie spalten die Gesellschaft, wo sie schon einig war.« Grünen-Fraktionschef Trittin spricht von einem »Putsch«.

Den fulminantesten und zugleich unverschämtesten Auftritt legt Umweltminister Röttgen hin. Seine Amtsvorgänger Gabriel und Trittin nennt er plötzlich »Verantwortungsverweigerer« und »energiepolitische Blindgänger«. Während die Regierung mit bis zu 14 Jahre längeren Laufzeiten »ein revolutionäres Konzept« ausgearbeitet habe, verbreite die Opposition nur »argumentationsloses Kampfgeschrei« und schüre Ängste. Der Machtpolitiker peitscht ein Konzept durch, das nicht seines ist. Am Ende seiner Rede gratuliert die Kanzlerin. 308 Abgeordnete stimmen schließlich für die Laufzeitverlängerung, 289 dagegen.

Ein halbes Jahr später bebt in Japan die Erde. Das Kraftwerk Fukushima gerät außer Kontrolle. Die Welt sieht dem Scheitern der Atomkraft zu. Jetzt kann es der Regierung wieder nicht schnell genug gehen – beim Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg. Die Energiekonzerne wollen prüfen, ob sie gegen das Atomkraft-Moratorium der Kanzlerin klagen. Der CDU-Abgeordnete Michael Fuchs rät dem Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am Telefon, bei seinem Auftritt in der Talkshow *Maybrit Illner* bloß keine Appeasement-Politik in Sachen Kernenergie zu betreiben. Sein Parteikollege Joachim Pfeiffer warnt vor Aktionismus und Schnellschüssen. Und im Umweltministerium wird überlegt, wie man die Sicherheit deutscher Atomkraftwerke prüfen könnte. Einer denkt besonders eifrig darüber nach: Gerald Hennenhöfer, Chef der Abteilung Reaktorsicherheit. Der Mann, der mit jedem Ausstieg aus der Atomkraft einen neuen Einstieg fand.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/13/DOS-Atompolitik>